

Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen

zu den

Fragen zur Rolle und Bedeutung privater Hochschulen des Verbandes der Privaten Hochschulen e.V. für die Landtagswahl am 31. August 2014

Stand: 19.8.2014

Frage:

Halten Sie private Hochschulen zur Gewährleistung der Vielfalt an Bildungsangeboten und -trägern, bei denen Bürger unmittelbar mitgestalten können, für erforderlich?

Antwort:

DIE LINKE in Sachsen schließt sich dem Votum des Wissenschaftsrates an, demzufolge „die kirchlichen und privaten Hochschulen einen wichtigen Beitrag für das deutsche Hochschulsystem“ erbringen, „der durch vielfältige fachliche Leistungsangebote, durch einige besonders erfolgreiche Formate (duale und berufs begleitende Studienformate, Fernstudium etc.) geprägt ist“. Bei der Akademisierung von nichtakademisierten Berufsfeldern bescheinigt den privaten Hochschulen gar eine Vorreiterrolle.

Frage:

Sind Sie für ein Akkreditierungssystem, mit dem die Qualität in den privaten und staatlichen Hochschulen in Deutschland, rechtsstaatlich und in Übereinstimmung mit Art. 5 GG geregelt wird, das z.B. durch einen Staatsvertrag der Länder?

Antwort:

DIE LINKE in Sachsen folgt in Puncto Akkreditierung den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, wie sie in der Analyse „Private und kirchliche Hochschulen aus Sicht der Institutionellen Akkreditierung“ gegeben werden.

Frage:

In den weltweiten Rankings der Hochschulen liegen die Staaten vorne, in denen es einen funktionierenden Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Hochschulen gibt. Sind Sie der Meinung, dass zur Verbesserung von Qualität und Effizienz der tertiären Bildung auch in Deutschland mehr Systemwettbewerb im Hochschulwesen herrschen sollte?

Antwort:

DIE LINKE in Sachsen betrachtet den „Wettbewerb um die besten Köpfe“ mit Skepsis. Es handelt sich hier um einen Überbietungswettbewerb, der im Endeffekt immens hohe Kosten verursacht, die nur noch ganz wenige Einrichtungen aufbringen können. Das führt zu einer Stratifizierung der Hochschulen und des Forschungsfeldes, die deren Produktivität und Innovationsfähigkeit eher beschneidet denn steigert. Um nicht in den Verdacht zu geraten, lediglich parteipolitisch zu argumentieren, erlauben wir uns, eine Passage des Soziologen

Richard Münch aus dessen Buch über den „Akademische(n) Kapitalismus“ zu zitieren, um unsere Skepsis gegenüber dem Wettbewerb um die besten Köpfe“ zu begründen:

„Die Dominanz besonders renommierter Forscher an herausgehobenen Standorten beeinträchtigt die Unabhängigkeit und das Innovationspotenzial von Nachwuchswissenschaftlern. Besonders prominente Wissenschaftler können das Geschehen an einem Standort so dominieren bzw. die Aufmerksamkeit so sehr auf sich ziehen, dass die Nachwuchskräfte dort entweder ganz in ihren Bannstrahl geraten oder nicht wahrgenommen werden, wenn sie etwas anderes machen. Das behindert die Erneuerung des Wissens an diesem Standort und verschafft konkurrierenden Standorten die Möglichkeit, mit solchen Innovationen hervorzutreten. Der Starkult an einem Standort trägt in diesem Sinn den Keim des Niedergangs in sich. Gegen die unangefochtene Spitzenstellung eines Standortes spricht auch, dass sich potente Forscher bewusst von ihm fernhalten, weil sie sich von den Platzhirschen am Ort eher behindert sehen und meinen, sich an anderen, kleineren Universitäten besser entfalten zu können, weil sie dort unangefochten die erste Geige spielen. Koordinationsprobleme an den Großstandorten und die leichtere Bündelung von Kräften an den kleineren sind weitere Kräfte, die einer Konzentration von Höchstleistungen entgegenwirken. (vgl. Richard Münch: Akademischer Kapitalismus, S. 229f)

Eine Beteiligung privater Hochschulen an den vorhandenen „wettbewerblich orientierten Programmen in Forschung und Lehre“, wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, schließt DIE LINKE in Sachsen trotz der grundsätzlichen Kritik nicht aus.

Frage:

Sind Sie angesichts des deutlich gewachsenen Studierendenanteils in den privaten Hochschulen für eine demokratisch angemessene Vertretung privater Hochschulen in wesentlichen Wissenschaftsgremien wie dem Wissenschaftsrat, dem Akkreditierungsrat usw.?

Antwort:

Das zu entscheiden, obliegt nicht dem sächsischen Landesverband der LINKEN. Die Meinungsbildung hierüber ist in der Bundespartei DIE LINKE noch nicht abgeschlossen.

Frage:

Wie stehen Sie angesichts immer knapper werdender öffentlicher Mittel für Bildung zu neuen Formen der Hochschulfinanzierung wie Studiengebühren oder Subjektförderung (das Geld folgt den Studierenden)?

Antwort:

DIE LINKE lehnt Studiengebühren jeglicher Art ab. Studiengebühren stellen Hochschulausgaben, für die bislang der Staat verantwortlich ist, den Nachfragern nach Studienplätzen in Rechnung. Sie sind Ausdruck einer Privatisierung höherer Bildung. Studien müssten dann aus persönlichen bzw. familiären Quellen finanziert werden. Sie taugen nicht zur Sanierung der Staatsfinanzen. Sie sind außerdem ein Steuerungsmittel, mit dem das individuelle Bildungsverhalten stärker auf seine künftige Verwertbarkeit hin ausgerichtet werden soll. Studiengebühren verschärfen eine ohnehin schon stattfindende soziale Auslese der Studierenden.

Studiengebühren sind nur ein Symptom für einen grundlegenden politischen Kurswechsel, der die Rolle des Staates betrifft: Zur Disposition steht der Steuerstaat, er soll durch einen Gebührenstaat abgelöst werden. Der Staat soll aus einer Einrichtung für alle, finanziert von allen nach ihrer Leistungskraft, wobei in demokratischer Weise darüber entschieden wird, wofür das

Geld ausgegeben wird, zu einem Dienstleister werden, der nach gelieferter Leistung privat abrechnet.

Ähnliches gilt für eine Subjektförderung nach dem Prinzip „das Geld folgt den Studierenden“. Empirische Studien zeigen, dass „desintegrierende Wirkungen und Chancenungleichheiten für bestimmte gesellschaftliche Gruppen“ die Folge sind. Hier geht die sozialkulturelle Segregation von denen aus, die aufgrund ihrer größeren Finanzkraft weggehen.

Frage:

Sind Sie der Meinung, dass die Zulassungsregeln der Länder den Anforderungen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie entsprechen sollten?

Antwort:

DIE LINKE in Sachsen hält die bestehenden Zulassungsregeln für private Hochschulen für ausreichend.